

„Malsfeld aufnehmen“

Malsfeld (gmu). Ohne größere „Juckpunkte“ ist die Stellungnahme der Gemeinde Malsfeld zur Fortschreibung des Raumordnungsplanes Nordhessen in der jüngsten Sitzung des Parlamentes über die Bühne gegangen. Das siebenseitige Papier an den Regierungspräsidenten beinhaltet dennoch eine Reihe von Änderungswünschen.

So sollte nach Ansicht der Gemeindevertreter neben dem Ortsteil Beiseförth als zentralen Fremdenverkehrsort auch der Ortsteil Malsfeld hinzugefügt werden. Denn: auch hier würden Anstrengungen unternommen, „die diesen Trend unterstreichen“.

„Einheit“

Da das Vorranggebiet „Fremdenverkehr“ im Plan „aus unerkklärlichen Gründen Malsfeld nur mit dem Ortsteil Beiseförth tangiert, erscheint es sinnvoll, zumindest Malsfeld hierin einzubeziehen, um Beiseförth/Malsfeld als Einheit“ zu sehen.

Zur Begründung macht die Gemeinde in ihrer Stellungnahme deutlich, daß „durch enorme Investitionen ... ein Malsfelder Gastwirt gerade jetzt die Voraussetzungen für einen Beherbergungsbetrieb geschaffen“ habe, der „als vorbildlich, auch für den Fremdenverkehr, anzusehen sein dürfte“.

Und weiter: „Mit dem erfolgten Um- bzw. Neubau wurden ebenfalls zeitgemäße Aufenthalts- und Sitzungs- sowie sanitäre Räume und darüber hinaus eine Kegelbahn ... geschaffen, die eine Ausweitung des Fremdenverkehrs auch auf den Ortsteil Malsfeld ohne Bedenken rechtfertigen“.

Begrüßt wird von der Großgemeinde Malsfeld die im Plan vorgesehene Absicht, einen Autobahnanschluß beim Ortsteil Ostheim anzulegen: „Wir bitten daher, sich nachhaltig bei der Straßenbauverwaltung – bei evtl. anderen Überlegungen – für diesen Anschluß ... einzusetzen“. Die „Beibehaltung bzw. sogar Stärkung des Personen- und Güterverkehrs auf die Eisenbahnlinie Kassel-Bebra, die un-

seres Erachtens Priorität vor anderen Linien hat – wird ebenfalls begrüßt“.

Außerdem geht es um den Hochwasserschutz, und da wird von Malsfeld geltend gemacht, daß das im festgestellten Plan vorgesehene Rückhaltebecken südlich vor Beiseförth entlang der Beise wieder aufgenommen wird.

Die jüngste Vergangenheit habe gezeigt, welche Kräfte ein an sich kleiner Bach entwickle, wenn dieser Hochwasser führe. Es seien Schäden aufgetreten, die von der Gemeinde nur nach und nach beseitigt werden könnten. Es gehe auch nicht an, jetzt ein Naturschutzgebiet auszuweisen, „das zwangsläufig erhöhte Anforderungen an die Umwelt stellt, die aber die Allgemeinheit über Gebühr beanspruchen werden bzw. entbehrlich sind. Die Ausweisung dieses Naturschutzgebietes lehnen wir deshalb ab“.

Es geht dann in der Stellungnahme noch um folgende Änderungswünsche:

- Eine Erhöhung des Siedlungs-Flächenzuwachses auf insgesamt 15 Hektar (statt – laut Plan – 1,5 Hektar).
- Klärung aller Abwässer aus allen Ortsteilen in der künftigen Kläranlage.
- Erhöhung der Einwohnerzahl für das Jahr 1995 um 120 (3970 statt 3850).
- Richtigstellung von Plänen, die u. a. im Flächennutzungsplan der Gemeinde Malsfeld anders dargestellt sind.

Rolf Batte machte in der Sitzung die Stellungnahme insgesamt klar, wobei er zugleich für den Gemeindevorstand, die Ausschüsse und für die SPD-Fraktion sprach. Batte hatte das Papier als auch beruflich mit der Materie Befasster abgefaßt und den Kommunalpolitikern ins Stammbuch geschrieben, daß es sich bei dem Raumordnungsplan keineswegs um eine Fleißarbeit von Bürokraten handele, sondern er durchaus Auswirkungen auf die Gemeinde Malsfeld habe. Deshalb müsse der Plan ernst genommen und nicht als Makulatur abgetan werden.